*Sabine Wils*

*Redebeitrag Landesparteitag Bremen DIE LINKE. 30. Januar 2010*

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank für eure Einladung zu eurem Landesparteitag!

Als Delegationsleiterin der LINKEN im Europaparlament und als eine der acht Abgeordneten unserer Partei bin ich Ansprechpartnerin für die Landesverbände Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein.

Ich freue mich auf die Kooperation mit dem Landesverband Bremen und hoffe, noch häufiger eingeladen zu werden. Wir als Abgeordnete der LINKEN wollen das, was wir in Brüssel oder Straßburg machen, nicht für uns behalten, sondern der eigenen Partei, den Gewerkschaften und den Bewegungen mittteilen.

Genauso benötigen wir eure Unterstützung. Ohne Druck von außen wird das Europaparlament, das seit den letzten Wahlen noch eine weitere Rechtsverschiebung erlebt hat, werden die EU-Kommission oder der Ministerrat nichts, aber auch gar nichts im Interesse der Menschen in Europa gestalten.

Wie viele und wichtige Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen und dann vor Ort, beispielsweise in den Bundesländern, wirksam werden zeigt die Dienstleistungsrichtlinie.

Auch in ihrer nur wenig abgeschwächten Form verstärkt sie die Kapital- und Wettbewerbsfreiheit und befindet sich gegenwärtig in der Umsetzung in den einzelnen Bundesländern. Was viele nicht wissen: Eine Dienstleistung kann auch als Teil der Produktion in einem deutschen Betrieb von einem Unternehmen aus einem anderen Mitgliedsland der EU zu den Bedingungen des Herkunftslandes erbracht werden. Das übt einen enormen Druck auf die vorhandenen Beschäftigten in diesem Betrieb aus, niedrigere Löhne zu akzeptieren.

Wichtig ist auch, ob der „Einheitliche Ansprechpartner“ für die europäischen Unternehmen wie in Hamburg die Handelskammer ist oder eine Stelle des Öffentlichen Dienstes in der Stadt. Wie ist das eigentlich in Bremen geregelt? In dieser Servicestelle „Einheitliche Ansprechpartner“ sollen auch Beschäftigte der europäischen Unternehmen beraten werden. Gleichzeitig nimmt sie die Funktion des sogenannten „Front-Office“ für die Verwaltung für die Anträge der europäischen Unternehmen wahr.

Liebe Genossinnen und Genossen,

als DIE LINKE. im Europaparlament sind wir Mitglied der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, kurz GUE/NGL, die nunmehr aus 35 Abgeordneten aus 12 Ländern besteht.

Vor den EP-Wahlen 2009 bestand die Fraktion noch aus 41 Abgeordneten. Besonders problematisch ist für uns, dass unsere italienischen und finnischen GenossInnen nicht mehr im EP vertreten sind.

Mit anderen Worten, nicht nur die Sozialdemokratie auch die Linksparteien Europas sind insgesamt geschwächt aus den EP-Wahlen des letzten Jahres hervorgegangen.

Nur die Linksparteien in der GUE/NGL aus Deutschland und Portugal konnten Zuwächse erzielen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Vorsitzende des DGB, *Michael Sommer,* bezeichnete Anfang Januar dieses Jahres in einem Interview mit dem Deutschlandradio „Die Grundrechtecharta des Lissabon-Vertrages, die auch gewerkschaftliche Grundrechte und andere soziale Grundrechte enthält, als löchrig wie ein Schweizer Käse“. Er forderte eine Klausel, die für eine „Gleichrangigkeit“ des Sozialen gegenüber dem Profit sorgen soll.

Richtig! Aber warum erst jetzt, nachdem der Vertrag ratifiziert ist?

Die LINKE. hatte als einzige Partei der Bundesrepublik nicht nur aus diesen Gründen den Lissabon-Vertrag abgelehnt.

Wir mussten uns in diesem Zusammenhang aus führenden Gewerkschaftskreisen kritisieren lassen. So sagte der stellvertretende Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB, *Reiner Hoffmann,* auf dem ver.di-Neujahrsempfang am 22. Februar 2009 in Hamburg u.a. Folgendes: „Deshalb – und das sage ich ohne Umschweife – ist es höchste Zeit den Vertrag von Lissabon zu ratifizieren. Vieles was Kritiker sagen, teilen wir. Das aber, was Herr Lafontaine im Sinn hat, ist ein Stoppschild für weitere Fortschritte auf dem lange noch nicht beendeten Weg der europäischen Integration. Stillstand ist Rückschritt.“

Ich sage: Oskar Lafontaine und die Partei DIE LINKE. hatten Recht, als sie den Vertrag von Lissabon ablehnten.

Wenn jetzt auch der DGB feststellt, dass der Lissabon-Vertrag eben doch unsozial ist und es einer sozialen Fortschrittsklausel bedarf, so sagen wir: Das finden wir auch. Aber nunmehr ist es ungleich schwerer.

Wenn sich die europäischen Gewerkschaften entscheiden sollten, europaweit für eine soziale Fortschrittsklausel zu mobilisieren: Wir werden dabei sein!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie gesagt, wir haben zu Recht den Vertrag von Lissabon abgelehnt. Nicht nur weil er die sozialen Rechte nach hinten, hinter die Rechte der Kapitalfreiheit stellt, sondern auch, weil er der Aufrüstung Verfassungsrang gibt.

Vor diesem Hintergrund finde ich es falsch, wenn in der Koalitionsvereinbarung in Brandenburg ausdrücklich der Lissabon-Vertrag befürwortet wird, und das ohne Not.

Diese Befürwortung können die dort Verantwortlichen unserer Partei nicht mit der Finanzknappheit des Landes begründen, wie beim Abbau der Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst. Obwohl auch dies mehr als fraglich ist.

Selbst der Berliner Senat hatte sich bei der Abstimmung über den Lissabon-Vertrag im Bundesrat enthalten.

Kurzum, hier wurden grundsätzliche politische Positionen aufgegeben, die wir als LINKE. mit übergroßer Mehrheit so beschlossen hatten, sowohl in Ost wie in West.

Liebe Genossinnen und Genossen,

als GUE/NGL-Fraktion gehören wir natürlich zu den kleineren Fraktionen. Nach wie vor ist es so, dass das Europäische Parlament kein Initiativrecht besitzt.

Auch als kleinere Fraktion können wir im Europaparlament viel bewegen. Wir analysieren nicht nur, was sich auf europäischer Ebene zusammenbraut und was in den Mitgliedsländern zu erwarten ist. Wir stellen im Plenum und in den Ausschüssen unsere eigenen Anträge und beteiligen uns an den Debatten.

Wir versuchen den Spielraum von Gewerkschaften und Bewegungen zu erweitern. So werden wir eine Anhörung zur dritten Stufe der Postliberalisierung durchführen. Das ist mit der europäischen Postgewerkschaft UNI abgestimmt, die auch in Brüssel Aktionen durchführen will.

Liebe Genossinnen und Genossen,

als Gewerkschafterin und umweltpolitisch Bewegte sowie als Mitglied des Umweltausschusses im Europaparlament, war es für mich selbstverständlich, an den Alternativen Veranstaltungen während des UN-Klimagipfels in Kopenhagen teilzunehmen.

Bei diesem Klimagipfel haben sich letztlich die 300 wichtigsten kapitalistischen Konzerne durchgesetzt, die aus kurzfristigen Profitgründen keinerlei Interesse an konkreten Maßnahmen zur Verringerung des $CO_2$-Ausstoßes haben.

Es wirft ein bezeichnendes Bild, wenn Ölkonzerne aus dem kapitalistischen Hauptland, den USA, dem Land mit dem höchsten Energieverbrauch, sagen, dass es gar

nicht so schlimm sei, wenn in Grönland eine Eisschmelze erfolgt. Dann könne auch dort Öl gefördert werden.

Die Fakten sind klar. Die $CO_2$-Emissionen betrugen 2007 pro Person in China 4,6 t, in Deutschland 9,7 t und in den USA 19,1 t. Wir brauchen dringend Klimagerechtigkeit für die gesamte Menschheit!

Die Industrie- und Schwellenländer müssen sich im nächsten Jahr in Mexiko-City auf ein verbindliches Abkommen mit konkreten und ambitionierten Zielen einigen!

Kopenhagen war nicht nur eine Anklage für den die Zukunft der Menschheit gefährdenden Kapitalismus. Kopenhagen, das waren auch bewegte Aktionen vor allem von jungen Menschen aus aller Welt.

Kopenhagen war aber auch ein Beispiel für die Einschränkung demokratischer Rechte und der Demonstrationsfreiheit.

Unsere umweltpolitische Sprecherin im Bundestag *Eva Bulling-Schröter,* die Fraktionsvorsitzende der Grünen im EP *Rebecca Harms,* die grünen Bundestagsabgeordneten *Bärbel Höhn* und *Hermann Ott* und ich haben eine gemeinsame Erklärung gegen die Einschränkung der BürgerInnenrechte in Kopenhagen veröffentlicht.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bereits im Vorfeld des Klimagipfels haben wir versucht, einen eigenen Beitrag zur Klimaschutzdebatte zu leisten. Ich habe für DIE LINKE. im EP sowie für die Fraktion GUE/NGL am 28. November 2009 in Hamburg eine umweltpolitische Konferenz zum Elektroauto durchgeführt. *Dr. Axel Friedrich* und *Dr. Rudolf Petersen* erstellten für uns ein Gutachten zu diesem Thema. Sachgerechte Beiträge zum Beispiel von *Wolfgang Lohbeck* von Greenpeace oder dem Betriebsratsvorsitzenden von VW-Braunschweig *Uwe Fritsch* machten die Konferenz zu einem Erfolg.

Das Resümee: Das Elektroauto ist keine Alternative um den $CO_2$-Ausstoß in den nächsten 30 Jahren zu senken. Es ist letztlich der letzte Versuch der Automobilkonzerne und der Energiekonzerne so weiterzumachen wie bisher. Was wir brauchen ist Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in der Automobilindustrie, eine Konversion in der Automobilindustrie und auf keinen Fall noch mehr Autos.

Was wir und die Umwelt brauchen ist ein attraktiver und moderner öffentlicher Personen Nah- und Fernverkehr, der den Menschen ein Recht auf Mobilität ermöglicht und keinen Zwang zur automobilen Mobilität verpasst.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin gebeten worden, etwas zum „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010“ zu sagen.

Nun kann zunächst festgestellt werden, dass das kapitalistische System ständig neue Armut hervorbringt.

Auf Europa bezogen ist die Armut seit 2.000 weiter gestiegen. 80 Millionen Menschen in der EU gelten offiziell als arm, darunter 19 Millionen Kinder. Sie verfügen über weniger als 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommens.

Statt ihre bisherige Tatenlosigkeit kritisch zu bearbeiten und umzusteuern, hat die EU mit großem Pomp 2010 das „Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ ausgerufen. Seminare, Konferenzen und Hochglanzbroschüren sollen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf soziale Missstände in der EU richten.

Als GUE/NGL-Fraktion organisierten wir mit anderen im November 2009 die Konferenz „Stand up against poverty now!“

Mit den anderen OrganisatorInnen dieser Konferenz wie attac oder eurochild fordern wir verbindliche Schritte der EU und der Mitgliedsstaaten wie z.B.:

- Die europäische Durchsetzung von Mindestlöhnen, die mindestens 60 Prozent der jeweiligen nationalen Durchschnittslöhne betragen sollen.

  In diesem europäischen Zusammenhang ist natürlich die Forderung der LINKEN. nach einem bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn von 10 EURO ein zentraler Punkt.

- Die Beseitigung der Kinderarmut in der EU und als ersten Schritt ihre Reduzierung um 50 Prozent bis 2012. Wie stark Kinderarmut durch die von SPD und Grünen geschaffene Hartz IV Regelung gefördert worden ist, wurde ja gerade in den letzten Tagen wieder bestätigt.

- Wir fordern den Ausbau und kostenlosen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen (medizinische Versorgung, Bildung – von der Kinderkrippe bis zur Universität, ÖPNV usw.) vor allem für besonders gefährdete Gruppen.

- Desweiteren fordern wir die Senkung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit auf maximal 40 Stunden ohne Ausnahme in der EU-Arbeitszeitrichtlinie.

- In diesem Zusammenhang sind wir auch gegen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die Rente ab 67 von SPD, Grünen und der CDU abgesegnet bedeutet auch die politische Schaffung von neuer und zusätzlicher Altersarmut.

Alles dies lässt sich natürlich nur bewegen, wenn außerparlamentarischer Druck die politische Landschaft verändert.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem Spanischen Ratspräsidenten und Sozialdemokraten Zapatero soll die marktradikale Wettbewerbspolitik in der EU fortgesetzt werden. Das Programm steht bereits für drei Ratspräsidentschaften bis zum Juni 2011.

Dieser Politik müssen wir auf der europäischen Ebene und in Deutschland starken Widerstand entgegensetzen. Hierfür brauchen wir eine starke Partei DIE LINKE. in der Opposition auf Bundesebene!

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.